

Eine unerwartete Wendung

CDU-Fachgespräch zur B 31 West mit Staatssekretär Norbert Barthle in Gottenheim

Gottenheim. Im Frühjahr des kommenden Jahres ist Landtagswahl. Grund genug für die Parteien, sich langsam, aber sicher wieder wählerwirksam zu positionieren. Was eignet sich da besser, als umstrittene Themen aufzugreifen? Der Weiterbau der B 31 West ist ein solch umstrittenes Thema.

Deshalb haben der Bundestagsabgeordnete Matern von Marschall (CDU) und sein Kollege aus dem baden-württembergischen Landtag, Dr. Patrick Rapp, den neuen parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Norbert Barthle, nach Gottenheim eingeladen. Ebenfalls eingeladen wurden Landrätin Dorothea Störr-Ritter und alle Bürgermeister entlang der geplanten Trasse sowie die Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich für einen Weiterbau einsetzen.

Bevor diese allerdings zusammenkommen konnten, gab es Proteste. An der sogenannten Soda-Bücke zwischen Gottenheim und Bötzingen entrollten die Greenpeace-Gruppe Freiburg und der Verein zur Förderung umweltgerechter Verkehrsplanung (VLO) aus Gottenheim ein Banner, mit dem sie gegen den Weiterbau der B 31 West demonstrieren wollten. Ihrer Ansicht nach ist das Bauvorhaben verkehrs-



Staatssekretär Norbert Barthle und Landrätin Dorothea Störr-Ritter waren sich einig: Die B 31 West muss weitergebaut werden. Foto: mu

politisch zweifelhaft und ökologisch unverantwortlich, nicht zuletzt deshalb, weil die vorgesehene Trassenführung durch das Wasenweilener Ried eines der letzten Niedermoores Süddeutschlands zerstören würde, so die Meinung der Demonstrierenden, die sich später auch noch im Gottenheimer Rathaus versammelten.

Der Meinung der Demonstrierenden wollten sich die Teilnehmer des CDU-Treffens naturgemäß nicht anschließen. Sie warfen dem Grünen-Verkehrsminister Winfried Hermann vor, das Planfeststellungsverfahren unnötigerweise seit 2011 nicht fortgeführt zu haben. „Dass das Ministerium jetzt plötzlich eine

180-Grad-Wende in dieser Sache gemacht hat, ist mit Sicherheit dem Wahlkampf zu verdanken, der nun langsam in Fahrt kommt“, mutmaßte Staatssekretär Norbert Barthle. Immer wieder hätte das Bundesverkehrsministerium das Land aufgefordert, das Planfeststellungsverfahren wieder aufzunehmen, bis vor wenigen Tagen allerdings vergebens. „Da wir keine Weisungsbefugnis in dieser Sache haben, konnten wir nur bitten“, so Barthle.

Martern von Marschall machte deutlich, dass er und seine Partei den Weiterbau der B 31 West in einer Einheit mit der Realisierung des Freiburger Stadttunnels und des Falkensteigtunnels sehe. „Nur

wenn alle drei Teilaspekte realisiert werden, macht das Ganze einen Sinn.“

Staatssekretär Barthle erklärte, dass vermutlich im Laufe des kommenden Jahres der neue Bundesverkehrswegeplan verabschiedet würde. Dieser solle erstmals kein „Wünsch-dir-was-Plan“ sein, sondern realistische Ziele formulieren. Projekte, die nicht in diesen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen würden, hätten frühestens im Jahr 2030, wenn der Plan wieder neu aufgelegt werde, eine Chance, realisiert zu werden.

Bei der Bewertung der Projekte würde allerdings nicht nur das reine Verkehrsaufkommen betrachtet, sondern auch, wie wichtig ein Straßenbauprojekt für eine Region sei. Ohne einer Entscheidung seines Ministeriums vorgreifen zu wollen, sah Norbert Barthle für die B 31 West gute Chancen einer Realisierung, zumal dem Verkehrsministerium in den kommenden Jahren rund 40 Prozent mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden als bisher.

Nicht wirklich glauben, dass es im Landesverkehrsministerium einen Meinungswandel gegeben habe, wollte Breisachs Bürgermeister Oliver Rein. „Dort hat man bisher keinen schäbigen Trick ausgelassen“, sagte er. Er sei misstrauisch, „dass bald wieder etwas hinter dem Busch vorkommt“. **Volker Murzin**